

STEIERMARK > GRAZ & UMGEBUNG

+ VERSCHUBLÄRM IN GÖSTING

Teilerfolg für lärmgeplagte Anrainer: OGH lässt ÖBB-Sammelklage zu

Teilerfolg in der Causa Verschublärm in Gösting: Nach Verzögerungen kommt es nun zum Prozess, der Oberste Gerichtshof hat die Klage der "Legal Clinic" der Uni zugelassen. Die Anwälte hoffen auch auf "Whistleblower" aus ÖBB-Kreisen.



© Jürgen Fuchs



Nina Müller Stv. Ressortleiterin Graz

20. Juli 2022, 5:10 Uhr



110 Dezibel, so laut wie ein Propellerflugzeug in sieben Metern Entfernung: Es geht um ein ohrenbetäubendes Quietschen, das den Menschen im Grazer Norden seit zweieinhalb Jahren schlaflose Nächte bereitet – und das laut den Betroffenen (dabei handelt es sich nicht nur um direkte Anrainerinnen und Anrainer) nichts mit „normalem“ Verschublärm zu tun hat, sondern weit darüber hinausgeht.

ÖBB setzte Maßnahmen um, Lärmschutzwände sollen kommen

Die ÖBB betonen, dass man bereits eine Vielzahl an Maßnahmen bereits geprüft und umgesetzt habe: Ein mit Partnern vorabgestimmtes Maßnahmenpaket zur Reduktion der Schall-Immissionen bestünde vor allem in der Errichtung bzw. Erhöhung von Schallschutzwänden, ergänzend durch ein Förderprogramm für Schallschutzfenster - da heiße es aber noch warten auf eine Prüfung durch die Eisenbahnbehörde. "Bei der Talbremse konnten wir durch den Einbau neuer Bremsbeläge (Oktober 2021) schon eine erste Verbesserungsmaßnahme umsetzen, die die Anzahl der markanten Geräusche um rund 50 Prozent reduziert hat", heißt es in einem Statement der Bundesbahnen. Weitere Maßnahmen wie der Tausch des angesprochenen Weichenteils (Radlenker) seien umgesetzt worden, weitere Maßnahmen würden geprüft, "wobei der Tausch der Bremsbeläge die bislang effektivste Maßnahme war."

Verschlimmerung durch neue Nordeinfahrt befürchtet

Für die Betroffenen ist von einer Verbesserung allerdings nichts zu spüren – sie befürchten wegen des Umbaus der Nordeinfahrt sogar eine Verschlimmerung der Situation. So wurde für ein neues Ausweichgleis in der Josef-Pockstraße Böschungsbeflanzung entfernt.

Sammelklage von Betroffenen führt nun zu Prozess

Ein Hoffnungsanker – neben dem Einschalten des Volksanwaltes und politischen Interventionen von allen Seiten (siehe dazu auch Links) – ist eine Sammelklage von mehr als hundert Betroffenen, die die Eisenberger Rechtsanwälte GmbH mit dem Studierendenprojekt Legal Clinic der Uni Graz eingereicht hat. Passiert ist seit November 2021 aber nicht viel – weil die ÖBB laut Anwalt Georg Eisenberger alles daran setzten, das Verfahren zu verzögern. Unter anderem bestritt man die Zulässigkeit des Rechtswegs. Die Anrainerinnen und Anrainer riefen schließlich den Obersten Gerichtshof an und bekamen Recht – ein erster Teilerfolg. „Eine solche Verfahrensverschleppung ist schon bei privaten Unternehmen kritisch zu betrachten“, sagt Eisenberger. Umso mehr gelte das für ein im Alleineigentum der Republik stehendes Unternehmen: "Anstatt endlich Geld in Maßnahmen zur Lärmreduktion zu setzen, wird Steuergeld zur Finanzierung vermeidbarer Gerichtsverfahren verwendet."

Anwälte hoffen auf sachdienliche Hinweise aus ÖBB-Kreisen

Auch bei der Übermittlung von Umweltinformationen sei die ÖBB säumig. Um an weitere Informationen zu bekommen, bittet man die Betroffenen, ihre Beschwerdeschreiben an die ÖBB oder an die Stadt auch an legalclinic@eisenberger.eu weiterzuleiten - es geht dabei darum, nachweisen zu können, dass sich der Lärm seit Ende 2019 massiv verstärkt hat. Und man hofft auf „Whistleblower“: Aktuelle oder ehemalige ÖBB-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter, die wissen, warum sich Ende 2019 der Lärm so eklatant erhöhte, können dies den Anwälten mitteilen. Man garantiert dabei absolute Vertraulichkeit.

Parlamentarische Anfrage: Gewessler verspricht "sehr deutliche Reduktion" von Lärm

Indes gab es auch eine parlamentarische Anfrage der FPÖ an Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne): Auch in der Antwort wird bestätigt, dass der Neubau von drei Schallschutzwänden, die Erhöhung einer bestehenden Schallschutzwand sowie die Umsetzung eines Programms zur Förderung von Schallschutzfenstern und Lüftern geprüft würde. Das würde eine Reduktion von 7 bis 14 dB bringen - wobei 10 dB Reduktion in etwa der Halbierung des wahrgenommenen Lärms entsprechen würden. Die Grob-Kostenschätzung für die Baumaßnahmen beläuft sich auf rund 1,2 Millionen Euro - die Hälfte der Kosten würde grundsätzlich die ÖBB bzw. der Bund tragen, je weitere 25 Prozent das Land und die Stadt. Die Umsetzung des Projektes solle jedenfalls zu einer "sehr deutlichen Reduktion der Schall-Immissionen führen. Diese werden nach Projektabschluss in jedem Fall markant unter den Werten von vor 2019/2020 liegen." Auch die Veränderungen der Schallverteilung im Umfeld des Verschiebebahnhofs (Abriss von Gebäuden), zu denen es unbeeinflusst von den ÖBB gekommen sei, würden mehr als nur ausgeglichen werden.

Nina Müller, Stv. Ressortleiterin Graz



3 KOMMENTARE

Themen

STADTPOLITIK

GASTRO

GRAZ-UMGEBUNG

STADTSPAZIERGANG MIT PAULA

BANDBREITE

DIE BEWEGTE STADT

BAUBOOM IN GRAZ

Für Sie empfohlen

GRAZ-UMGEBUNG

Lkw-Fahrer (71) verstieß in einem Monat 31-mal gegen die Lenk- und Ruhezeiten



DIGITAL BAN
"Die Digitalstadt"

19.7.2022

WERBUNG

ZURÜCK NACH OBEN

[HILFE](#)

[IMPRESSUM](#)

[AGB](#)

[DATENSCHUTZ](#)

[COOKIE-EINSTELLUNGEN](#)

© 2022, [kleinezeitung.at](#) | Kleine Zeitung GmbH & Co KG | Alle Rechte vorbehalten.

Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf. Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.
